

# Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA)

im gewerkschaftlichen Wiederaufbau nach 1945

Von Rudolf Uertz

Königswinterer *Notizen*

---



# **Die Christlich- Demokratische Arbeitnehmer- schaft (CDA)**

im gewerkschaftlichen Wiederaufbau nach 1945

Von Rudolf Uertz

Königswinterer *Notizen*

---

## **Impressum**

**Königswinterer Notizen, Nr. 25, Januar 2019**

**Herausgeber: Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V., (CSP)**

**Karl Schiewerling, Vorsitzender**

**Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter**

**Redaktion:** Karsten Matthis

Tel. 02223-73119; E-Mail [info@azk.de](mailto:info@azk.de)

Internet: [www.azk.de](http://www.azk.de)

**Produktion:** TiPP 4, Rheinbach

Die Ausgaben der Königswinterer Notizen erscheinen  
in unregelmäßigen Abständen.

## Vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Weg zu einer Einheitsgewerkschaft in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 war ein langer und steiniger Weg. Zwischen den linken, mehrheitlich sozialdemokratischen Gewerkschaften und den christlichen Gewerkschaften bestand nicht erst seit der wilhelminischen Zeit ein Spannungsverhältnis: Zumal sich die linken Gewerkschaften an Karl Marx und seinem Weltbild orientierten, während sich die christlichen Gewerkschaften insbesondere der Katholischen Kirche und ihrer Soziallehre verpflichtet fühlten. Die Christlichen Gewerkschafter, an der Spitze mit Adam Stegerwald, lehnten einen sozialistischen Klassenkampf ab und befürworteten das Privateigentum. Es waren die bitteren Erfahrungen im NS-Staat, der die zersplitterten Gewerkschaften in der Weimarer Republik nach dem 2. Weltkrieg zusammenführte. Nach dem 02. Mai 1933 verschleppten SA und SS viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Konzentrationslager. Andere erhielten Berufsverbot und Hausarrest und wurden zum Schweigen gebracht. Nach dem Kriegsende und Zusammenbruch der Nazi-Diktatur wuchs die Einsicht, dass es starke und einheitliche Gewerkschaften braucht, um Freiheit und Demokratie zu bewahren und die Rechte der Arbeiterschaft wahrzunehmen.

Mit einem profunden Wissen und den Erfahrungen eines langjährigen Quellenstudiums schildert Professor Dr. Rudolf Uertz, Hochschullehrer und langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), den langen Weg zur Einheitsgewerkschaft, die Entstehung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der ohne die Mittlerfunktion der CDA und vieler ihrer Repräsentanten wie Jakob Kaiser, Johannes Arnold oder Johannes Albers gar nicht möglich gewesen wäre.

Rudolf Uertz nimmt in seinem Aufsatz auch die Entwicklung nach dem Münchener DGB-Gründungskongress 1949 in den Blick und analysiert, inwiefern Christlich-Soziale ihren großen Anteil daran hatten, dass der DGB und seine Gewerkschaften zusammenblieben. Erst mit dem Godesberger Programm 1959 akzeptierte die SPD das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft und übernahm u. a. durch den Einfluss Oskar von Nell-Breuning Teile der Katholischen Soziallehre.

Für die Stiftung CSP danke ich dem Kollegen Rudolf Uertz für die spannende und erhellende Lektüre zu einem wichtigen Abschnitt der westdeutschen Nachkriegsgeschichte.

Diese Ausgabe der „Königswinterer Notizen“ gibt mir die willkommene Gelegenheit dem Kollegen Rudolf Uertz für sein langjähriges Engagement für die Stiftung Christlich-Soziale Politik e. V. und dem AZK herzlich zu danken.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich viele Impulse für ihre heutige politische und gewerkschaftliche Arbeit.

Karsten Matthis  
Geschäftsführer der Stiftung CSP

## Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) im gewerkschaftlichen Wiederaufbau nach 1945\*

Das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip, die Soziale Marktwirtschaft sowie die Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes als Einheitsgewerkschaft zählen zu den wichtigsten Grundlagen des Aufstiegs der Bundesrepublik zu den führenden Wirtschaftsnationen.<sup>1</sup> Als befriedender und zugleich innovativer Effekt erwies sich der Zusammenschluss der vor 1933 bestehenden Richtungsgewerkschaften, das heißt des sozialdemokratischen ADGB, des christlich orientierten Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)<sup>2</sup> und der nationalliberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine (HD) zur Einheitsgewerkschaft, deren Zusammenschluss stufenweise in den Jahren 1945 bis 1949 erfolgte. Auf der Grundlage des „Industrieverbandsprinzips“ – „ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ – sollte die frühere Spaltung in sozialdemokratische, christliche und liberale Gewerkschaften überwunden werden. Es ist daher nicht ganz zufällig, dass die Einheitsge-

---

\*) Dieser Beitrag ist erstmals unter dem Titel „Christliche Gewerkschaftstraditionen im gewerkschaftlichen Wiederaufbau“ erschienen in: Stefan Berger (Hrsg.): Gewerkschaftsgeschichte als Erinnerungsgeschichte. Der 2. Mai 1933 in der gewerkschaftlichen Erinnerung und Positionierung (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A: Darstellungen, 60), Essen: Klartext-Verlag 2015, S. 279-296. Für den Wiederabdruck wurde er leicht überarbeitet.

1 Vgl. zum Ganzen: Rudolf Uertz: Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft und der DGB, in: Hanns Jürgen Küsters / R. Uertz (Hrsg.), Christlich-Soziale im DGB. Historische und aktuelle Fragen. Mit Beiträgen von Ingrid Sehrbrock, Rudolf Uertz, Joachim Zimmermann und Volker Scharlowsky, Sankt Augustin 2010, S. 19-37 (in: [www.kas.de/rwf/doc/kas\\_20296-544-1-30.pdf?110816145123](http://www.kas.de/rwf/doc/kas_20296-544-1-30.pdf?110816145123)); in leicht überarbeiteter Fassung auch in: [www.azk-csp.de/uploads/media/Kw\\_Notizen\\_03\\_WEB.pdf](http://www.azk-csp.de/uploads/media/Kw_Notizen_03_WEB.pdf); ferner den Katalog zur Ausstellung: *Christlich-Soziale im DGB. Grundlagen-Geschichte-Perspektiven*, hrsg. von Hanns Jürgen Küsters / R. Uertz, Sankt Augustin 2010, in: [www.kas.de/upload/ACDP/Tafeln\\_GSimDGB.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/Tafeln_GSimDGB.pdf).

2 So hieß der Gesamtverband christlicher Gewerkschaften Deutschlands (GCGD) von 1919 an bis 1933, wobei die Bezeichnungen „Gesamtverband“ und „DGB“ für die auf Reichsebene organisierten christlichen Gewerkschaften Deutschlands bis zu deren Auflösung 1933 oft nebeneinander gebraucht wurden.

werkschaft in Deutschland den Namen DGB führt,<sup>3</sup> wie ihn vor 1933 die Christlichen Gewerkschaften Deutschlands trugen.

Im folgenden historischen Aufriss sollen die Grundlagen und Entwicklungslinien der christlich-demokratischen Gewerkschafter bzw. der Christlich-Sozialen, wie sie gemäß ihrer Herkunft aus der christlich-sozialen Bewegung auch genannt werden,<sup>4</sup> ihr Spannungsverhältnis zwischen CDU und DGB sowie die Haltung der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) zur Sozialen Marktwirtschaft im Kontext der CDU-Programmatik und ihrer Gewerkschaftstätigkeiten behandelt werden.

## Sozialdemokratische und christliche Gewerkschaften

Angesichts der gemeinsamen Erfahrungen in der Zeit des Nationalsozialismus und der außerordentlichen Bedingungen Deutschlands nach 1945 vertrauten die ehemaligen christlichen Gewerkschafter auf ein auskömmliches Verhältnis mit den Sozialdemokraten. Man ging davon aus, dass die Zeiten des antichristlichen Freidenkertums, das früher viele katholische und evangelische Arbeitnehmer von einer Mitgliedschaft in der SPD und der freien bzw. sozialistischen Gewerkschaftsbewegung abgestoßen hatte, vorüber seien. Bis zum *Godesberger Programm* der SPD (1959) war deren *Heidelberger Programm* (1925) Leitlinie der SPD-Programmatik. Religionspolitisch de-

---

3 „Hans Böckler bewies historisches Bewusstsein, als er diesen Namen für die Einheitsgewerkschaften durchsetzte. Der Name DGB drückt den Respekt aus, den die sozialdemokratischen Gründer noch der großen Tradition der christlich-sozialen Bewegung entgegenbrachten. Dieser Name bezeugt noch heute den Willen der damaligen sozialdemokratischen Mehrheit zur Toleranz gegenüber der christlich-demokratischen Minderheit.“  
Jürgen Aretz: DGB, in: Themen 44 (1985), S. XXXI ff.

4 Vgl. Annette Kuhn: Was heißt „christlich-sozial“? Zur Entstehungsgeschichte eines politischen Begriffs, in: Zeitschrift für Politik 10 (1963), S. 101–122; Petra Uertz: Geschichte der katholischen Sozialbewegung in Deutschland. Von der Frühindustrialisierung bis ins 21. Jahrhundert, in: Idee & Tag (Sonderheft) 21 (2004), S. 3–34.

klarierte es, auf die älteren sozialdemokratischen Manifeste Bezug nehmend: „Religion ist Privatsache“.<sup>5</sup>

Religion und Kirche sollten sich gemäß den sozialdemokratischen Leitideen jeglicher Einflussnahme auf den öffentlich-rechtlichen Raum enthalten. Für kirchlich orientierte Arbeiter, die auf die christliche Sozialethik bauten, war daher eine politische und gewerkschaftliche Tätigkeit im Rahmen der sogenannten Freien Gewerkschaften erschwert oder gar unmöglich. Katholische und protestantische Arbeiter fanden es jedenfalls keineswegs zwingend, ihre religiösen und ethischen Überzeugungen für eine soziale und gerechte Arbeits-, Gesellschafts- und Gewerkschaftspolitik dem sozialdemokratischen Diktum der Unvereinbarkeit von Religion und Politik zu opfern.<sup>6</sup> Dem Wissenschaftlichen Sozialismus, der die Programmatik der KPD, der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und der SPD prägte, stand ideologisch die christliche Soziallehre gegenüber.<sup>7</sup> Diese war nicht kapitalistisch oder feudalistisch geprägt, jedoch wurde ihre sozialreformerische Programmatik in moderateren Tönen vorgetragen. Christliche Gewerkschafter und Politiker verwandten nach dem Ersten Weltkrieg 1918/19

---

5 In der Streitschrift von August Bebel, Mitbegründer der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Deutschland, gegen Kaplan Hohoff, Vertreter der katholischen Sozialbewegung, heißt es: „Christentum und Sozialismus stehen sie gegenüber wie Feuer und Wasser.“ Vgl. August Bebel: *Christentum und Sozialismus. Eine Polemik zwischen Herrn Kaplan Hohoff in Hüffe und A. Bebel*, Erstveröffentlichung 1874, Berlin 1920; vgl. auch Brigitte Seebacher-Brandt: *Bebel. Kündler und Kämpfer im Kaiserreich*, Berlin / Bonn 1988. – Die Edition von Wolfgang Thierse (Hg.) mit Beiträgen von SPD-Politikern und katholischen Theologen bzw. Sozialethikern trägt den Titel „Religion ist keine Privatsache“, Düsseldorf: Patmos-Verlag 2000.

6 Zur evangelischen Arbeiterbewegung vgl. R. Uertz: *Christliche Arbeiterbewegung*, in: *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, hrsg. von Winfried Becker / Günter Buchstab / Anselm Doering-Manteuffel / Rudolf Morsey, Paderborn 2002, S. 469 f.

7 Vgl. Matthias Zimmer: *Entfernte Verwandtschaft: Soziallehre und CDU*, in: *Königswinterer Notizen* 15 (2016), S. 4–29.

und dem Zweiten Weltkrieg 1945–1947 für ihre gesellschaftsprogrammatischen Ideen auch den Begriff *christlicher Sozialismus*.<sup>8</sup>

## Antichristliche Reminiszenzen im marxistischen Sozialismus

Die antichristlichen Reminiszenzen waren der sozialistischen Arbeiterbewegung gewissermaßen in die Wiege gelegt. Karl Marx und Friedrich Engels karikierten im *Kommunistischen Manifest* (1848) die christlich-soziale Bewegung als „pfäffischen Sozialismus“, als jene Gesellschaftsmoral, „mit der der Pfaffe den Ärger des Aristokraten einsetzt“.<sup>9</sup>

Zwei wichtige Faktoren sind es, die die sozialistische von der christlich-sozialen Arbeiterbewegung unterscheiden. Neben der antireligiösen Grundhaltung waren es vor allem die dialektisch-materialistische Weltanschauung und Geschichtsauffassung, die mit einem antibürgerlichen Ordnungsbild und radikaler Agitation einhergingen und die von kommunistischen Positionen oft nur schwer zu unterscheiden waren.<sup>10</sup>

---

8 Vgl. Rudolf Uertz: *Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949*, Stuttgart 1980; Franz Focke: *Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU*, Wuppertal 21981; Bernd Uhl: *Die Idee des christlichen Sozialismus in Deutschland 1945–1947*, Mainz 1975; zur *Entwicklung der katholischen Sozialethik und der evangelischen Sozialethik im Transformationsprozess der Industrialisierung und Modernisierung* vgl. die Beiträge von R. Uertz und Martin Honecker, in: André Habisch / Hanns Jürgen Küsters / Rudolf Uertz (Hrsg.): *Tradition und Erneuerung der Christlichen Sozialethik in Zeiten der Modernisierung*, Freiburg i. Br. 2012, S. 119–153 und 154–185.

9 Vgl. Karl Marx / Friedrich Engels: *Manifest der Kommunistischen Partei* (1848), Stuttgart 1999, S. 49, Kapitel III.1.a: *Der feudale Sozialismus*.

10 Eine prägnanten Übersicht über den historischen und dialektischen Materialismus bietet der Philosoph und Wissenschaftstheoretiker Joseph M. Bochenski: *Marxismus–Leninismus. Wissenschaft oder Glaube*, München 1973; vgl. auch R. Uertz: *Die Auseinandersetzung der katholischen Sozialethik mit dem Marxismus und Kommunismus als moderner Ideologie*, in: Ingeborg Gabriel / Cornelia Bystricky (Hg.): *Kommunismus im Rückblick. Ökumenische Perspektiven aus Ost und West* (1989–2009), Ostfildern 2010, S. 117–135.

Anders als die sozialistische Arbeiterbewegung ging die christlich-soziale Bewegung seit 1868/69 davon aus, dass wohl eine Wirtschafts- und Sozialreform notwendig sei. Doch lehnte man eine Rückkehr zur alten Ständeordnung zu diesem Zeitpunkt ebenso ab wie Reformprogramme, die Enteignungen oder zentralstaatlicher Lenkung vorsahen.

Man strebte vielmehr eine Sozialreform an, an der sich Staat, die Gesellschaft (d.h. vor allem Selbsthilfeorganisationen der Arbeiterschaft) und die Kirche mit einem aus der christlichen Soziallehre gespeisten Reformprogramm beteiligen sollten, wie es im Übrigen die Sozialzyklika Papst Leos XIII. *Rerum novarum: Über die Arbeiterfrage* Papst Leos XIII. (1891) proklamierte, deren gesellschaftliche Leitideen über den sozialen und politischen Katholizismus hinaus Wirkungen entfalteten. Die Programmatik der christlichen Gewerkschaften und Parteien orientierte sich wesentlich an der Sozialphilosophie christlicher Naturrechtsinterpretation, die nicht doktrinär abgehoben, sondern durchaus Realitätssinn bewies, zumal sie Anleihen bei den katholischen Sozialethikern, Wirtschaftswissenschaftlern und Sozialpolitikern machte. Der damaligen Kirchen- und Sozialstruktur des Katholizismus gemäß waren darunter viele Geistliche, die sich neben der sozialetischen Schulung auch volkswirtschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Studien widmeten.

## Bischof von Ketteler und die christliche Soziallehre

Der bedeutendste Inaugurator einer Gesellschaftsprogrammatik gemäß den Grundsätzen einer christlichen Soziallehre, die sozialreformerische Maßnahmen nicht scheute, jedoch die Radikalität sozialistischer Wirtschaftspolitik und Ordnungstheorie verwarf, war der Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler (1811–1877). Zu dieser vermittelnden Position hatte sich Ketteler, der früher als Jurist im preußischen Staatsdienst tätig und der 1848 Mitglied der Paulskirchenversammlung war, im letzten Drittel der 1860er Jahre durchgerungen und einen programmatischen Weg vorgeschlagen, den schließlich auch das päpstliche Lehramt sich zu eigen machte. Die zentrale Leitidee Kettelers, die auch *Rerum novarum* (1891) aufgenom-

men hat, lautet: „So wenig das Kapital ohne die Arbeit, so wenig kann die Arbeit ohne das Kapital bestehen.“<sup>11</sup>

Damit hatte der Katholizismus einen *partnerschaftlichen, solidarisch-subsidiären Weg* in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik eingeschlagen, der den Klassenkampf und radikale Agitation mied und das geordnete Zusammenwirken von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite bei der Gestaltung gerechter Arbeits- und Sozialordnung als einzig vertretbaren Weg zur Lösung der Industrie- und Arbeiterfrage proklamierte. Des Weiteren forderte *Rerum novarum* als notwendige Ergänzung die Selbsthilfe der Arbeiterschaft vor allem staatliche und kirchliche Hilfsinstrumente.

Was die Vertreter der christlichen Gewerkschaften, die Ende des 19. Jahrhunderts von evangelischen und katholischen Arbeitern als Gegengewicht zu den eng mit der SPD verflochtenen freien Gewerkschaften gegründet wurden, in ihrer Gewerkschaftsarbeit und Politik wesentlich einschränkte, war ein von konservativen Klerikern initiiertes Verbot der Fuldaer Bischofskonferenz des Preußischen Episkopats von 1900, der es der katholischen Arbeiterschaft untersagte, sich mit evangelischen Arbeitern in interkonfessionellen Christlichen Gewerkschaften zusammenzuschließen.<sup>12</sup>

## Christliche Gewerkschafter und ihr Streit mit der Kirche

Oberflächlich gesehen ging es bei diesem Streit zwar darum, „ob katholische Arbeiter sich mit nicht-katholischen christlichen Arbeitern zusammenschließen dürften; darunter verborgen aber lag die Grundsatzfrage, ob über-

---

11 *Rerum novarum*, Nr. 15, in: Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente. Mit einer Einführung von Oswald von Nell-Breuning, hrsg. vom Bundesverband der KAB Deutschlands, Kevelaer 1975 (mehrere Neuauflagen), S. 41; vgl. Hans Maier: „Rerum novarum“ und die Entstehung christlich-demokratischer Bewegungen in Europa, in: Kirchliche Zeitgeschichte 5 (1992), S. 289–305; zu W. E. von Ketteler vgl. R. Uertz: Vom Gottesrecht zum Menschenrecht. Das katholische Staatsdenken in Deutschland von der Französischen Revolution bis zum II. Vatikanischen Konzil (1789–1965), Paderborn 2005, S. 161–192.

12 Vgl. Fudaer Pastorale (1900), in: Texte zur katholischen Soziallehre (wie Anm. 10), 71; Kommentar hierzu von O. von Nell-Breuning, ebd., 13 ff.

haupt Gewerkschaften sein sollten.<sup>13</sup> Auf der anderen Seite jedoch erlebte die christlich-soziale Bewegung einen beachtlichen Auftrieb, nicht zuletzt durch die Impulse der Arbeiterzyklika *Rerum novarum* (1891), die vor allem in Belgien, Frankreich, der Schweiz, Deutschland, Österreich u.a. Ländern Europas zur Gründung von christlichen Arbeitervereinen, Genossenschaften, Selbsthilfegruppen, Gewerkschaften und Parteien führte.<sup>14</sup>

Dieser primär innerkatholische deutsche Gewerkschaftsstreit wurde durch das päpstliche Rundschreiben *Singulari quadam* (1912) entschärft, indem der Papst das Verbot aufhob und das Zusammenwirken von Katholiken und Protestanten in interkonfessionellen Vereinigungen fortan „duldeten“.<sup>15</sup> Der Erste Weltkrieg begrub zwar die Querelen zwischen katholischer Amtskirche und christlichen Gewerkschaften unter sich, doch setzte sich der Streit zwischen Kirche einerseits und dem politischen und sozialen Katholizismus im sogenannten *Zentrumsstreit* fort. Das Konfliktfeld zwischen Klerus und Laien verlagerte sich nun vor allem auf die Frage der Autonomie der Katholiken in Politik, Gesellschaft und Parteien, die es sich verbat, für ihre genuin sozialen und politischen Tätigkeiten Vorschriften vom Klerus machen zu lassen.<sup>16</sup> Der politische Katholizismus war in dieser Hinsicht gespalten.

---

13 Oswald von Nell-Breuning: Einführung, in: Texte zur katholischen Soziallehre (wie Anm. 10), 14; vgl. auch Nell-Breuning: Der deutsche Gewerkschaftsstreit um die Jahrhundertwende, in: Festschrift für Otto Brenner, hrsg. von Peter von Oertzen, Frankfurt a. M. 1967, S. 19–32; Michael Schneider: Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933, Bonn 1982, S. 172 ff., 212 ff. Zur Situation von Kirche, Theologie, Pastoral und Konfessionalismus angesichts der Umbrüche in Gesellschaft, Politik und Kultur vgl. Thomas Nipperdey: Religion im Umbruch. Deutschland 1870–1918, München 1988.

14 Zur historischen Entwicklung vgl. Franz Josef Stegmann: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus, in: Helga Grebing (Hg.): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland, München 1991, S. 325–560 (überarbeitete Fassung von Josef Stegmann / Peter Langhorst, in der von H. Gebring herausgegebenen Neuauflage mit dem Untertitel „Sozialismus–Katholische Soziallehre–Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch“ (Wiesbaden 2005), Essen 2000, S. 599–862;

15 Vgl. Texte zur katholischen Soziallehre (wie Anm. 10), 81 ff. und Kommentar von Nell-Breuning, ebd. 13 f.

16 Vgl. die Schrift des katholischen Geistlichen, Reichstagsabgeordneten und Vorsitzenden der Zentrumspartei Oberschlesiens Carl Ulitzka: Soll der Klerus die Führung in der Öffentlichkeit übernehmen? In: Die Seelsorge 6 (1928/29), S. 321 ff.; vgl. Guido Hitze: Carl Ulitzka (1873–1953), Düsseldorf 2002.

Adam Stegerwald, seit 1919 Vorsitzender des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands (GCGD), der von 1919 bis 1933 auch als Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) firmierte, hatte auf dem X. christlichen Gewerkschaftskongress 1920 in Essen neben den Leitzielen der Emanzipation der Arbeiterschaft und einer angemessenen Wirtschafts-, Sozial-, Gesellschafts- und Gewerkschaftspolitik eine *christlich-nationale Volkspartei* gefordert. Diese sei das „Gebot der Stunde“, da die Katholiken und Protestanten für sich allein parteipolitisch zu schwach seien und künftig das *katholische und evangelische Lager zusammenfassen* sollten.

## Richtungsgewerkschaften 1933: Zusammenschluss und Zerschlagung

Die Ressentiments zwischen sozialistischer und christlicher Arbeiterbewegung waren schon in den letzten Jahren der Weimarer Zeit – bedingt durch ein pragmatisches Zusammenwirken von christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftern – zurückgetreten, wie es unter anderem der gemeinsame Aufruf der Richtungsgewerkschaften gegen den Nationalsozialismus vom Januar 1933 zeigt. Der gemeinsame Gegner, der Nationalsozialismus, tat ein Übriges, die herkömmlichen Konflikte und die Kontroversen zwischen freien und christlichen Gewerkschaften zu mildern, was schließlich Ende April 1933 zum Einigungsbeschluss von sozialdemokratischem ADGB, christlichem DGB bzw. GCGD und den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen führte.<sup>17</sup> Der Einigungsbeschluss des sog. „Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften“ sollte, wiewohl er von den Spitzenvertretern der Richtungsgewerkschaften unter dem Druck nationalsozialistischer

---

17 Vgl. Adam Stegerwald: Deutsche Lebensfragen. Vortrag, gehalten auf dem X. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands am 21. November 1920 in Essen, Berlin 1921. 56 ff.; Heinrich Brüning, 1920–1930 Geschäftsführer des DGB, späterer Reichskanzler (1930–1932), hat die Stegerwald-Rede mit konzipiert. – Unterzeichner des Einigungsbeschlusses waren Theodor Leipart, Peter Graßmann, Wilhelm Leuschner für den sozialdemokratischen ADGB; Fritz Baltrusch, Franz Behrens, Jakob Kaiser und Bernhard Otte für den christlichen DGB bzw. GCGD sowie Ernst Lemmer für die nationalliberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine; vgl. M. Schneider: Gewerkschaften (wie Anm. 12), 719–728.

Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Gewerkschaftsarbeit unterzeichnet wurde, ein wichtiges Motiv für die Gründung der Einheitsgewerkschaft nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus sein.

Das Ende der ersten deutschen Demokratie 1933 machte denn auch die Bestrebungen der christlichen Sozialbewegung zunichte, die Leitbilder der zweiten Sozialenzyklika der katholischen Kirche, *Quadragesimo anno: Über die gesellschaftliche Ordnung* Papst Pius' IX. (1931) in ihrer gesellschaftspolitische Arbeit umzusetzen. Nicht zufällig war das Konzept für dieses Rundschreiben von führenden katholischen Sozialwissenschaftlern und Sozialethikern 1929/30 im Haus der Christlichen Gewerkschaften („Unser Haus“) in Königswinter beraten worden. Das Dokument, das nicht zuletzt wegen des *Subsidiaritätsprinzips* berühmt wurde, plädiert für die *Wettbewerbsfreiheit*, die durch staatlichen Ordnungsrahmen reguliert bzw. koordiniert werden sollte, ferner für die *Überführung von Privateigentum in die öffentliche Hand*, wenn es das *Gemeinwohl* erfordert. Die korporativen Wirtschaftsdenken, die in dem Rundschreiben unter dem missverständlichen Begriff „berufsständische Ordnung“ vorgestellt werden, sollten nach 1945 die gemeinwirtschaftlichen Forderungen der Sozialausschüsse beeinflussen.<sup>18</sup>

## DGB als Zusammenschluss christlicher, sozialdemokratischer und nationaldemokratischer Gewerkschafter

Angesichts der Zerschlagung der Gewerkschaften im Mai 1933, des NS-Totalitarismus und der Verfolgung sozialdemokratischer, christlicher und nationalliberaler Gewerkschafter durch die Nationalsozialisten sah man sich nach 1945 in der Pflicht, für eine gemeinsame starke Arbeiter-, Gewerkschafts- und Sozialpolitik zu votieren, um die durch Krieg und Nachkriegs-

---

18 Vgl. *Quadragesimo anno* (1931), Nr. 65, 69, 78 f., 81 ff., 88, in: Texte (wie Anm. 10), S. 91 ff. In seiner Kritik am Sozialismus (Nr. 111–126) unterscheidet das Dokument „unglücklicherweise“ (v. Nell-Breuning) nicht zwischen marxistisch-kommunistischem und sozialdemokratischem Sozialismus. Oswald von Nell-Breuning: *Wie sozial ist die Kirche? Leistung und Versagen der katholischen Soziallehre*, Düsseldorf 1972, S. 99 ff. Der Wirtschaftswissenschaftler Karl Paul Hensel: *Ordnungspolitische Betrachtungen zur katholischen Soziallehre*, in: *Ordo* 2 (1949), S. 229–269, bescheinigt der Sozialenzyklika *Quadragesimo anno* (1931) beachtliche ordnungspolitische Perspektiven.

elend entwurzelten Massen in eine gerechte Gesellschaftsordnung zu integrieren und die deutsche Wirtschaft wieder aufzubauen. Eine gemeinsame Gewerkschaftsorganisation verlangte aber andererseits, dass die in der Einheitsgewerkschaft organisierte Arbeiter- und Arbeitnehmerschaft – bei grundsätzlicher Gleichgerichtetheit in der Arbeits-, Sozial- und Gewerkschaftspolitik – die unterschiedlichen parteipolitischen Präferenzen ihrer Mitglieder tolerieren müsse.

Da die Christlich-Sozialen wie ihre sozialdemokratischen Kollegen das Konzept der Richtungsgewerkschaft beerdigt hatten, die neu gegründete interkonfessionelle Christlich-Demokratische Union, in der die christlichen Gewerkschafter nunmehr aktiv waren, als *interkonfessionelle Volkspartei* gegründet wurde, die CDU aber keine reine Arbeiter- und Arbeitnehmerpartei sein wollte, waren die Christlich-Sozialen „heimatlos“ geworden. Folglich schlossen sie sich im Winter 1945/46 in den Sozialausschüssen der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) zusammen. In den Unionsparteien wollten sie künftig als „soziales Gewissen“ fungieren und die Arbeiter- sowie die Arbeitnehmerschaft in der CDU repräsentieren.<sup>19</sup>

Johannes Albers, der am 2. August 1945 zu den Mitbegründern der „Einheitsgewerkschaft aller Arbeiter, Angestellten und Beamten“ im provisorischen Rathaus von Köln gehörte – von der Namensbezeichnung DGB war noch keine Rede –, war zusammen mit Jakob Kaiser, Karl Arnold, Theodor Blank u.a. der eifrigste christlich-demokratische Verfechter der Einheitsgewerkschaft. Die Sozialausschüsse waren in der Gründungs- und Konsolidierungsphase der Union die bestorganisierte Gliederungseinheit der CDU, die christlichen Gewerkschafter daher auch ein Sprungbrett für Konrad Adenauers Aufstieg in der CDU. Das politische Engagement führender christlicher Gewerkschafter in der Union bedeutete aber auch ein Dilemma für die Repräsentanz markanter CDA-Vertreter im DGB. Die

---

19 Vgl. Bruno Dörpinghaus / Kurt Witt: Politisches Jahrbuch der CDU/CSU, 1. Jahrgang 1950, hrsg. vom Generalsekretariat der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU für Deutschland, Frankfurt a. M. (1950); Rolf Ebbinghausen/Wilhelm Kaltenborn: Arbeitnehmerinteressen in der CDU? Zur Rolle der Sozialausschüsse, in: Jürgen Dittberner / Rolf Ebbinghausen (Hg.): Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1973, S. 172–199; Ferdi Breidbach/Rüdiger May: Das soziale Feigenblatt? Die Sozialausschüsse in der Union, Düsseldorf 1975.

besten Köpfe und bekanntesten Persönlichkeiten der CDA in der Union waren zwar Mitglieder des DGB und in den Einzelgewerkschaften, doch zogen sie nach Lage der Dinge zwangsläufig Partei- und Regierungsämter in Bund und Ländern der Mitwirkung im DGB vor.

Es konnte kaum ausbleiben, dass bei aller Übereinstimmung in der grundsätzlichen Zielrichtung in Sachen Einheitsgewerkschaft, Mitbestimmung, arbeitnehmerfreundliche Sozial- und Gesellschaftspolitik erhebliche Reibungsflächen und Konflikte zwischen CDU- und SPD-Gewerkschaftern entstanden. Das deutete sich schon in der Gründungsversammlung des DGB der britischen Zone 1947 in Bielefeld an.

## Die DGB-Gründung auf Zonenebene 1947

Der zum Ersten Vorsitzenden gewählte Hans Böckler unterstrich mahnend den Willen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, den „negativen politischen Einflüssen zu wehren“ und „die parteipolitische Neutralität unserer Gewerkschaften“ als wichtigstes Gebot der Einheitsgewerkschaft anzuerkennen. Der zu seinem Stellvertreter bestellte christlich-soziale Gewerkschafter Matthias Föcher sieht angesichts des großen Übergewichts der SPD-Gewerkschafter jedoch die Gefahr, dass die Christlich-Sozialen als „Anhängsel“ oder bloße „Beitragszahler“ in einem überwiegend sozialdemokratisch dominierten Deutschen Gewerkschaftsbund betrachtet würden. Böckler als Vorsitzender und Föcher als Stellvertretender Vorsitzender sollten denn zwei Jahre später diese Ämter auch im DGB auf Bundesebene begleiten.

Während bei der Gründung des DGB der britischen Zone 1947 die Einheitsgewerkschaft als Überwindung der alten Reminiszenzen der Zwischenkriegszeit noch eingehend thematisiert wurde, spielte dieses Thema bei der Gründungsversammlung des DGB auf Bundesebene vom 12. bis 14. Oktober 1949 in München nur noch eine untergeordnete Rolle.

War in der ersten Gründungsphase des DGB auf Zonen- und Landesebene *Einheitsgewerkschaft* im Sinne des Zusammenschlusses der ehemaligen Richtungsgewerkschaften zum DGB verstanden worden, für deren Zielsetzung vor allem dessen wichtigsten Inauguratoren, Hans Böckler und Jakob Kaiser, standen, so änderte sich dies angesichts der gesamtdeutschen Lage, das heißt die Teilung Deutschlands und des kommunistisch gelenkten

Freien Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), der im sozialistischen System der DDR keine mitgestaltende Gewerkschaftsfunktionen haben durfte. Der Begriff *Einheitsgewerkschaft* erlebte einen Bedeutungswandel, wobei die zunächst betonte Symbolik des Zusammenschlusses von Sozialdemokraten, Christlich-Sozialen und Nationalliberalen in der Einheitsgewerkschaft zurücktrat. (Erst das III. DGB-Grundsatzprogramm von 1981 sollte die *Einheitsgewerkschaft* „als gemeinsame Organisation freiheitlich-sozialistischer und christlich-sozialer Richtungen“ wieder thematisieren.)

## Hans Böckler und Jakob Kaiser als Garanten der Einheitsgewerkschaft

Das *Parlament der Arbeit*, das im Oktober 1949 im Kongresssaal des Deutschen Museums in München die Gründung des DGB auf Bundesebene vollzog, verstand die Einheitsgewerkschaft nunmehr im Hinblick auf die gesamtdeutsche Situation, d. h. die Zweiteilung Deutschlands als Zusammenschluss der drei westzonalen DGB-Gewerkschaften zur *Einheitsgewerkschaft* der Bundesrepublik Deutschland, wobei der Begriff *Einheit* unterschwellig eine Mahnung beinhaltete, dass die Gewerkschaften der Sowjetzone bzw. der DDR gewaltsam von einer freiheitlich-demokratischen Deutschen Gewerkschaftsorganisation ausgeschlossen waren.

Schon früh zeigten sich die vielfältigen Facetten des Spannungsverhältnisses der CDA-Mitglieder zwischen CDU und DGB – ein Spannungsfeld, das zu dem bekannten Slogan über die christlich-sozialen Gewerkschafter führte: „Den einen zu Rot, den anderen zu schwarz.“ Christlich-Soziale wirkten einerseits auf die Sozial-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Unionsparteien ein, wobei die Arbeitnehmerinteressen oft mit den Zielen der Vertreter der Mittelstandsvereinigung und des Wirtschaftsflügels in Konflikt gerieten. Andererseits waren die christlich-sozialen Gewerkschafter in die Interessensphäre und Gewerkschaftspolitik des DGB eingebunden, in dem die Christlich-Sozialen aber nur als Minderheit fungierten.

## Vom Korporatismus zur Sozialen Marktwirtschaft

Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Wirtschafts- und Sozialprogrammatische. Im *Ahlener Programm* (1947)<sup>20</sup> hatte die CDU der britischen Zone gemeinwirtschaftliche Positionen, überregionale Wirtschafts- räte sowie Planungs- und Lenkungsinstrumente der Wirtschaft vertreten. Diese Forderungen ähneln dem wirtschafts- und sozialpolitischen Teil der *Politischen Leitsätze der SPD* von 1946.<sup>21</sup> Überraschend ist dies nicht, wenn man bedenkt, dass 1919 in der Nationalversammlung von Weimar Sozialdemokraten und Zentrumsparterie – der Arbeitnehmerflügel hatte in ihr einen starken Einfluss – korporative Wirtschafts- und Sozialideen vertreten wurden. Die dem gemeinwirtschaftlichen Konzept der 1920er Jahre entstammenden Ideen markieren eine sozialwirtschaftliche Ordnung, in der die Arbeitnehmer starke Einflüsse auf die Lenkungs- und Entscheidungsfunktionen der Wirtschaft ausüben sollten.<sup>22</sup> Von Mitgliedern der Richtungsgewerkschaften sowie den Abgeordneten von SPD und Zentrumsparterie in der Weimarer Nationalversammlung wurden die gemeinwirtschaftlichen Forderungen – wenngleich unterschiedlich begründet – gleicher-

---

20 Vgl. R. Uertz: Das Ahlener Programm. Die Zonenausschusstagung der CDU der britischen Zone und ihre Vorbereitungen, in: Historisch-Politische Mitteilungen 446 (2007), S. 47–52 ([http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_9803-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_9803-544-1-30.pdf)).

21 Vgl. Politische Leitsätze der SPD (1946), in: Rainer Kunz / Herbert Maier / Theo Stamm: Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. II, München 31979, S. 291–296.

22 Vgl. zu den gemeinwirtschaftlichen Ordnungstheorien Ulrich von Alemann: *Korporatismus*, in: Wolfgang W. Mickel (Hg.): Handlexikon zur Politikwissenschaft, Bonn 1986, S. 265 ff. – Auch Alfred Müller-Armack, der mit zu den bedeutendsten Theoretikern der Sozialen Marktwirtschaft zählt, liebäugelte in der Zwischenkriegszeit mit korporativen Wirtschaftsformen. Vgl. von ihm: Staatsidee und Wirtschaftsordnung im neuen Reich, Berlin 1933. Anders hingegen seine Artikel zur Sozialen Marktwirtschaft, in: Ders.: Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiteführende Konzepte, Bern 21981. Bemerkenswert ist ferner sein Artikel: Soziale Irenik, in: Müller-Armack: Religion und Wirtschaft. Geistesgeschichtliche Hintergründe zu unserer europäischen Lebensform, Stuttgart 31981, S. 559–578. Der Artikel bietet eine Übersicht über die Möglichkeiten einer die Weltanschauungen verbindenden Sozialidee; behandelt werden die katholische Soziallehre, die evangelische Sozialethik; die sozialistische Theorie sowie die liberale Sozialtheorie.

maßen vertreten.<sup>23</sup> Die Arbeiter und Angestellten sollten demnach eigene Lenkungsgremien bilden und dabei mit anderen Berufsgruppen auf Reichs- und Bezirksebene in Wirtschaftsräten fungieren. Allerdings erlangte der berühmte Artikel 165 der Weimarer Reichsverfassung (WRV) keine reale politische Bedeutung.<sup>24</sup>

Nach 1945 waren gemeinwirtschaftliche Ordnungsideen wieder in der SPD und in den Sozialausschüssen verbreitet. Das Ahlener Programm plädierte für die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, ferner eine gemeinwirtschaftliche Ordnung und die Überführung von Schlüsselindustrie und Unternehmungen monopolartigen Charakters in öffentlich-rechtliche Körperschaften. Diese sollten von Vertretern des Staates, des Landes, der Kommunen, der Genossenschaften und den im Betrieb tätigen Arbeitnehmern gelenkt werden. Doch es kam alles ganz anders.<sup>25</sup>

So sollten spätestens nach der Londoner Konferenz vom Juni 1947, auf der die drei Westmächte die Gründung der Bundesrepublik Deutschland in die Wege leiteten, die USA die Deutschlandpolitik dominieren (Marshallplan zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der europäischen Länder u.a.) und damit die Pläne der sozialisierungswilligen britischen Besatzungsmacht, auf die auch das Ahlener Programm Rücksicht nahm, zurückdrängen.

Mit der Entscheidung der CDU und CSU für die Soziale Marktwirtschaft 1948/49 im Zuge der von den USA initiierten *Währungsreform* und des von Ludwig Erhard in eigener Regie durchgeführten sog. *Leitsatzgesetzes*, das die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für wichtige Güter und Dienstleistungen beinhaltete, hatten sich Unionsparteien und Freie Demo-

---

23 Vgl. Joseph Mausbach: Kulturfragen in der Deutschen Verfassung. Eine Erklärung wichtiger Verfassungsartikel, M.-Gladbach 1920; das sozialwirtschaftlichen Konzept des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften basiert auf Heinrich Pesch: Lehrbuch der Nationalökonomie, 5 Bde., Freiburg i. Br. 1905–1926; vgl. die Zusammenfassung der wichtigsten sozialwirtschaftlichen Leitideen in der von der Zentrumsparterie herausgegebenen Flugschrift: H. Pesch: Christlicher Solidarismus und soziales Arbeitssystem, Berlin (1920); das sozialdemokratische Konzept basiert auf Fritz Naphtali (Hg.): Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Berlin 1928.

24 Vgl. Heinrich August Winkler: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 2005, S. 103.

25 Vgl. Das Ahlener Programm, in: [http://www.kas.de/upload/themen/programm/programmatik\\_der\\_cdu/programme/1947\\_Ahlener-Programm.pdf](http://www.kas.de/upload/themen/programm/programmatik_der_cdu/programme/1947_Ahlener-Programm.pdf).

kraten im Frankfurter Wirtschaftsrat für die *marktwirtschaftliche Ordnung* entschieden, ein Konzept, das – *sozialpolitisch flankiert* – auch von den die CDA-Vertretern im Frankfurter Wirtschaftsrat bejaht wurde.<sup>26</sup>

Es war Jakob Kaiser, der faktisch erste Mann der Sozialausschüsse, der im Namen der CDU-Gewerkschafter der *Sozialen Marktwirtschaft* als künftigen Programm der Bundespartei seine Zustimmung gab und damit den Weg für die Unionsparteien hin zu den erfolgreichen *Düsseldorfer Leitsätzen* vom 15. Juli 1949 ebnete, das Programm, mit dem die Union in den Ersten Bundestagswahlkampf zog.

## Auf dem Weg zur Bundesrepublik

Die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung durch Ludwig Erhard hatte im Verbund mit der neuen DM-Währung bereits erste ökonomische Erfolge erzielt und in der Bevölkerung Zustimmung erfahren. Kaiser hatte, obwohl er nach 1945 zunächst einen *christlichen Sozialismus* vertrat, mit dem er – als „Brücke zwischen Ost und West“ – das radikale Sozialisierungsprogramm der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) und der SED-Führung abzuwehren hoffte, in seinen Funktionen als Vorsitzender der CDU-Großberlins und der Sowjetzone sowie als Mitbegründer des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) die Realität sozialistischer Planwirtschaft hautnah erfahren. Ende 1947 war Kaiser von der SMAD zum Rücktritt von seinen Berliner und sowjetzonalen Partei- und Gewerkschaftsämtern gezwungen worden.<sup>27</sup> Diese Erfahrungen haben sicherlich seine Entscheidung

---

26 Zu einer eigenen Wirtschaftsverfassung, wie sie die WRV (1919) enthielt, konnte sich der Parlamentarische Rat (PR) 1948/49 nicht durchringen, u.a. deshalb nicht, weil die SPD-Fraktion fürchtete, dass ihre auf sozialdemokratischer Tradition beruhende sozialreformerische Programmatik im PR wegen des Provisoriumscharakters des Grundgesetzes nur „verwässert“ würde. Die SPD hoffte, nach einem Wahlsieg bei der Ersten Bundestagswahl 1949 in die Regierungsverantwortung zu gelangen und auf dem Wege der Bundesgesetzgebung ihre sozialreformerischen Ordnungsideen umsetzen zu können; vgl. R. Uertz: Christlich-demokratische Wertvorstellungen im Parlamentarischen Rat 1948/49, in: Historisch-Politische Mitteilungen 15 (2008), S. 103–123.

27 Vgl. Werner Conze: Jakob Kaiser – Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart 1969; Tilman Mayer (Hrsg.): Jakob Kaiser – Gewerkschafter und Patriot. Eine Werk-auswahl, Köln 1988.

zugunsten der Marktwirtschaft, die sozial abgefedert ist, entscheidend beeinflusst – eine Wirtschaftsordnung, für die der Staat zwar den Ordnungsrahmen setzen, sich jedoch der unmittelbaren Lenkung der Produktions- und Investitionspolitik enthalten sollte.

Die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung durch Ludwig Erhard jedenfalls empfand Kaiser als Befreiung, und zwar gerade auch im Hinblick auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung, und er sah daher die Soziale Marktwirtschaft als ein Konzept an, das – Ideologie hin, Ideologie her – intensiv und nachhaltiger die Bedarfsdeckung der deutschen Bevölkerung in den Griff bekommen sollte. Ergänzt aber sollte die Wettbewerbswirtschaft durch eine auf sie abgestimmte Sozialpolitik werden, die nicht nach dogmatischen Normen, sondern im Hinblick auf das konkret Machbare zu gestalten sei.

Sicherlich nicht ohne Bedacht hatte Konrad Adenauer die Delegierten zur entscheidenden Sitzung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone am 24./25. Februar 1949 ins Adam-Stegerwald-Haus in Königswinter, seit 1948 die neue Zentrale der Sozialausschüsse eingeladen, wo Ludwig Erhard, – noch „formal als Gast“ – sein Konzept einer ordnungspolitisch orientierten Marktwirtschaft vortrug. Das wirtschaftspolitische Konzept müsse, so Erhard, selbstredend durch ein entsprechendes sozialpolitisches Programm flankiert werden, für dessen Details Erhard selbst, an die Gewerkschafter gewandt, keine fachlichen Kompetenzen beanspruchen wollte.

Für die Sozialausschüsse hatte dies zur Folge, dass sie – anders als im Wirtschafts- und Sozialausschuss der britischen Zone, wo der Gewerkschafter Johannes Albers gemeinsam mit dem Bankier Robert Pferdmenges den Vorsitz innehatte –, bezüglich der Programmatik der CDU nur mehr noch die Zuständigkeit für die Sozial- und Arbeitspolitik haben sollten.<sup>28</sup>

---

28 Vgl. Protokoll der Sitzung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone vom 24. bis 25. Februar 1949 in Königswinter, in: Helmut Pütz (Bearbeiter): Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946–1949, Bonn 1975, S. 838 ff.

## Mitbestimmung und Neugestaltung des Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnisses

Mit der Entscheidung zugunsten der Sozialen Marktwirtschaft aber waren wichtige Teile des Ahlener Programms quasi über Nacht obsolet geworden, zumindest die Forderungen nach Gemeinwirtschaft sowie nach Lenkung und Planungseinrichtungen der Wirtschaft.<sup>29</sup> Die Forderungen nach betrieblicher Mitbestimmung jedoch sowie nach Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sollten ins Programm der Sozialen Marktwirtschaft übernommen und von den Sozialausschüssen weiterhin mit Entschiedenheit vertreten werden. In den Leitsätzen von Düsseldorf heißt es, dass die „vorwiegend eigentumsrechtlichen und gesellschaftspolitischen Grundsätze des Ahlener Programms“ anerkannt, jedoch „nach der marktwirtschaftlichen Seite hin ergänzt und fortentwickelt“ werden.<sup>30</sup>

Der Wechsel aber vom Ahlener Programm zu den Düsseldorfer Leitsätzen wurde der CDU und insbesondere den Sozialausschüssen von der SPD und großen Teilen des DGB als „Verrat“ an den Grundsätzen einer arbeitnehmerfreundlichen Gesellschafts- und Gewerkschaftspolitik angerechnet. „SPD und DGB sahen im erhardschen ‚Experiment‘ der Sozialen Marktwirtschaft eine Restauration der kapitalistischen Wirtschaftsverhältnisse, der sie ein baldiges und katastrophales Ende prophezeiten. Der sozialdemokratische Wirtschaftspolitiker und damalige Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Professor Nölting, hielt die Wiederherstellung einer funktionierenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung für völlig illusionär. Die ‚wirtschaftspolitischen Grundsätze‘ des DGB forderten ‚im Gegensatz zu der chaotischen Marktwirtschaft, die in Deutschland seit der

---

29 Vgl. die fundierte Darstellung der Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft bei Gerold Ambrosius: Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945–1949, Stuttgart 1977.

30 Vgl. Düsseldorfer Leitsätze vom 15. Juli 1949 (Kurzfassung), in: Pütz: CDU (wie Anm. 27), S. 866 ff.

Währungsreform herrscht, eine volkswirtschaftliche Planung, um Kapitalverschwendung und Fehlinvestitionen zu vermeiden.“<sup>31</sup>

In die Agitation stimmten nicht zuletzt auch die Propagandisten der Sozialistischen Einheitspartei in Ost-Berlin und der Betriebsgruppen von KPD- und KPD-nahen Gewerkschaftern ein. Mit nicht geringem intellektuellem Aufwand beteiligten sich an der antikapitalistischen Agitation auch die parteiwissenschaftlichen Gremien der SED, die die CDU und Sozialausschüsse sowie ihrer Berater aus dem Jesuiten- und Dominikanerorden<sup>32</sup> in den Fängen des Kapitalismus wähten, wobei die von der katholischen Soziallehre übernommene sozialpolitische Flankierung als Maskerade karikiert wurde.<sup>33</sup> Ost-West-Konflikt und Kalter Krieg hatten ihre propagandistischen Wirkungen im westdeutschen Parteienspektrum dennoch nur mäßig beeinflussen können, da die Bevölkerung der Sozialen Marktwirtschaft und ihren politischen Verfechtern vertraute.

---

31 Walther Müller-Jentsch: Gewerkschaften und Soziale Marktwirtschaft seit 1945, Stuttgart 2011, S. 57 f.; im „Ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen für die Jahre 1975–1985 der SPD und mehr noch im Vorläufer „Orientierungsrahmen 1973–1975“ finden sich wirtschaftliche Planungs- und Lenkungsforderungen; vgl. Programme der politischen Parteien (wie Anm. 20), Nr. 2.4 und 2.5., S. 253–269.

32 Der Sozialethiker und Gewerkschaftstheoretiker Oswald von Nell-Breuning SJ: Wirtschaft und Gesellschaft heute, 3 Bde., Freiburg 1956–1960, vertrat eine betont sozialreformerische Sozial- und Gewerkschaftspolitik; ebenso Eberhard Welty OP: Was nun? Grundsätze und Hinweise zur Neuordnung im deutschen Lebensraum, Brühl 1945; Nachdruck in: Was nun? Was tun? Zur Lage der nordrhein-westfälischen CDU, Sondernummer, September 1985, S. 15–46. Der Dominikaner war bis 1949/50 Berater der Sozialausschüsse und vertrat einen *christlichen Sozialismus*; vgl. R. Uertz: Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949, Stuttgart 1981, S. 23 ff., 146 ff.; R. Uertz: Walberberg und die Neue Ordnung 60 (2006), S. 133–139.

33 Vgl. Herbert Bertsch: CDU/CSU demaskiert, Berlin 1961; Rolf Badstübner: Zur Problematik und historischen Bedeutung des Ahlener Programms der westdeutschen CDU, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 9 (1961), S. 1789–1824; R. Badstübner / Siegfried Thomas: Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–1975, Köln 1955.

## CDU- und SPD-Gewerkschafter – Streit ums „bessere System“

Zweifellos hat der Wechsel von den gemeinwirtschaftlichen Forderungen zur Sozialen Marktwirtschaft 1949 das Verhältnis der CDU-Gewerkschafter zum DGB und zu den Einzelgewerkschaften wesentlich beeinträchtigt. Auch wenn einzelne DGB-Gewerkschafter der marktwirtschaftlichen Ordnung positiv gesinnt waren, so waren doch vor allem die großen Industriegewerkschaften der Sozialen Marktwirtschaft gegenüber negativ eingestellt, zumal auch die SPD erst seit dem Godesberger Programm (1959) bereit war, marktwirtschaftliche Ideen in ihre Programmatik aufzunehmen.

Der Begriff *Soziale Marktwirtschaft* setzte sich außerhalb der CDU-Programmatik in der Rhetorik der SPD, des DGB und anderer Parteien wie auch in den Wirtschaftswissenschaften erst relativ spät durch. Ein Beispiel für die mitunter defensive Haltung der Gewerkschaften ist diesbezüglich die IG Metall. Zum Zwecke von Schulungsveranstaltung ihrer Mitglieder ließ sie noch bis ins Jahr 1971 das Ahlener Programm (1947) nachdrucken,<sup>34</sup> um der Union und den Sozialausschüssen ihr Umschwenken von ihrer früheren gemeinwirtschaftlichen Programmatik zur Sozialen Marktwirtschaft vorzuhalten.<sup>35</sup>

Schon bald nach Gründung des DGB auf Bundesebene war das Unbehagen der christlichen Gewerkschafter an den einseitigen publizistischen

---

34 Vgl. Das Ahlener Programm. Programmatische Erklärung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone auf der Tagung vom 1. bis 3. Februar 1947 in Ahlen. IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland Frankfurt am Main. Verleger: IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt (am Main) (1971).

35 Das Epitheton „sozial“ im Zusammenhang mit „Marktwirtschaft“ wird in der Programmatik der CDU wie auch bei den Theoretikern der Sozialen Marktwirtschaft zunächst fast durchgehend klein geschrieben. Erst nach und nach setzt sich die Großschreibung „Soziale Marktwirtschaft“ durch, zunächst in der Parteiprogrammatik der CDU, sodann auch in der wissenschaftlichen Literatur (vgl. Roland Eisen: Soziale Marktwirtschaft, in: Geigant/Sobotka/Westphal: Lexikon der Volkswirtschaft, München 1975, S. 437). Im Dresdener Grundsatzprogramm des DGB 1996, wird der Begriff „soziale Marktwirtschaft“ – erstmals in einem DGB-Programm (!) – angeführt: „Die sozial regulierte Marktwirtschaft bedeutet gegenüber einem ungebändigten Kapitalismus einen großen historischen Fortschritt. Die soziale Marktwirtschaft hat einen hohen materiellen Wohlstand bewirkt.“ Zit. nach Müller-Jentsch: Gewerkschaften (wie Anm. 30), 195 f.

und parteipolitischen Stellungnahmen des DGB zugunsten der SPD und ihrer Programmatik gewachsen. So hatte z. B. der DGB mit Streik gedroht, um seine Position in der Frage der Montanmitbestimmung durchzusetzen.

Ein Streik hätte angesichts der äußerst labilen wirtschaftlichen Lage der Frühzeit der Bundesrepublik den wirtschaftlichen Aufbau gefährdet und den sozialen Frieden nachhaltig gestört. Die Frage, wie christlich-sozialen Positionen im DGB besser Gehör verschafft werden könne, wurde innerhalb der Unionsparteien kontrovers diskutiert. Eine Abspaltung der Christlich-Sozialen und die Gründung eigener Christlicher Gewerkschaften wurden von den Sozialausschüssen entschieden abgelehnt.

Anstelle gesamtwirtschaftlicher Körperschaften mit Lenkungsfunktionen – überbetriebliche Mitbestimmung, kollektives Arbeitsrecht – konzentrierte sich der DGB nunmehr verstärkt auf die innerbetriebliche Mitbestimmung. Auch auf den katholischen und evangelischen Kirchentagen fanden diese Ideen lebhaftes Interesse.

Das Montan-Mitbestimmungsgesetz vom Mai 1951 hatten Konrad Adenauer und Hans Böckler zur Chefsache gemacht. Ihnen gelang es mit ihrer Autorität, in dieser heiß umstrittenen Frage der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen zu einem Konsens zu bewegen und die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie einzuführen. Allerdings ging dem DGB das Montanmitbestimmungsgesetz nicht weit genug. Dessen Ausdehnung auf andere Industriezweige konnte jedoch seitens des DGB in den nachfolgenden Gesetzgebungsverfahren der Bundesregierungen zur Mitbestimmung nicht durchgesetzt werden. Dennoch ist die deutsche Regelung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb weltweit einmalig.

Zu einer Kontroverse besonderer Art hatte der Wahlslogan des DGB anlässlich der Wahlen zum Zweiten Deutschen Bundestag 1953 „Wählt einen besseren Bundestag“. Damit hatte nach Meinung der Unionsparteien der DGB das parteipolitische Neutralitätsgebot verletzt. Auch die katholische Kirche sowie die katholischen und evangelischen Arbeiterverbände kritisierten ebenso wie die Soziale Kammer der Evangelischen Kirche die einseitige Positionierung des DGB zugunsten der SPD.

## Christliche Soziallehre und demokratischer Sozialismus

Was die Wahlkampagne des DGB besonders pikant machte, waren die einseitigen wirtschaftspolitischen Festlegungen, die auch planwirtschaftliche Ziele enthielten. Teile der christlich-sozialen Bewegung hatten sich daraufhin zum Austritt aus dem DGB entschlossen und die Gründung der Christlichen Gewerkschaftsbewegung in die Wege geleitet, die sich 1959 in *Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands* (CGB) umbenannte. Was der Neugründung der Christlichen Gewerkschaften in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre Schubkraft gab, war der Umstand, dass das Saarland mit seiner starken, christlich geprägten Arbeiter- und Gewerkschaftstradition wirtschaftlich erst im Juni 1959 in die Bundesrepublik eingegliedert wurde; die politische Rückgliederung war am 1. Januar 1957 erfolgt. Große Teile der christlichen Bergarbeiter- und Metallarbeitergewerkschaft traten zunächst den neuen Christlichen Gewerkschaften bei. Doch schlossen sich die Verbände der Gewerkschaft christlicher Bergbau- und Energiearbeiter an der Saar 1966 dann der DGB-Gewerkschaft IG Bergbau und Energie an.<sup>36</sup> Auch wenn Teile der katholischen Kirche und der deutschen Bischöfe die Gründung der Christlichen Gewerkschaften favorisierten, so blieben diese doch eine marginale Größe, zumal die CDA-Gewerkschafter bis auf wenige „Abtrünnige“ der Einheitsgewerkschaft treu blieben.

Wenn vom Verhältnis der Christlich-Sozialen zum DGB sowie den Einzelgewerkschaften die Rede ist, kommt man an einer Persönlichkeit nicht vorbei, die sowohl für die Christlich-Sozialen, als auch für den DGB und nicht zuletzt auch für die SPD eine beachtliche Rolle spielte. Es ist der Jesuit Oswald von Nell-Breuning (1890–1991), Professor für christliche Gesellschaftslehre an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt am Main sowie an der Universität Frankfurt, ferner Dozent an der *Akademie für Arbeit* in Frankfurt, Mitglied der IG-Metall und sowie Berater der SPD-Grundsatzprogrammkommission 1958/59.<sup>37</sup>

Nell-Breuning machte seinen Einfluss auch als Mittelsmann zwischen der katholischen Kirche und dem DGB geltend. Er erreichte, dass wenigstens ein Teil der katholischen Bischöfe in der Frage der Neugründung der

---

<sup>36</sup> Vgl. Hans Limmer: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, München 1966, S. 106.

<sup>37</sup> Vgl. Nell-Breuning: Wie sozial (wie Anm. 17), 62, 81, 94 ff., 113.

Christlichen Gewerkschaften zwischen 1955 und 1959 neutral blieb und die Bischöfe sich nicht zu einseitigen Stellungnahmen gegen den DGB hinreißen ließ. Der Jesuit hat auch einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, das Eis zwischen dem DGB und SPD einerseits sowie der Katholischen Kirche und den katholischen Verbänden andererseits zu brechen.

Eine wichtige Station auf diesem Weg bildete die berühmte Tagung der *Katholischen Akademie in Bayern* im München im Januar 1958 zum Thema „Christentum und Demokratischer Sozialismus“.<sup>38</sup> Auf dieser Akademietaugung diskutierten Adolf Süsterhenn, Oswald von Nell-Breuning und sein Ordensbruder, der Papstberater Gustav Gundlach, zusammen mit führenden Sozialdemokraten, u. a. Carlo Schmid, Adolf Arndt, Gerhard Weisser und Willi Eichler, dem Vorsitzenden der Grundsatzprogrammkommission der SPD, über das Verhältnis von katholischer Soziallehre zu politiktheoretischen und sozialphilosophischen Vorstellungen des demokratischen Sozialismus.<sup>39</sup>

Nell-Breuning befand später, dass der gesellschaftspolitische Teil des Godesberger Programms, mit dem sich die SPD nunmehr ausdrücklich auch christlich-ethischen Positionen öffnete, ein „Repetitorium der katholischen Soziallehre“ sei. Katholische Verbändevertreter wie auch sozialdemokratische Politiker und Gewerkschafter sahen in dieser Bemerkung Nell-Breunings eine wichtige Annäherung von christlich-sozialen und sozialdemokratischen Positionen der SPD<sup>40</sup> und des DGB auf dem „Weg (...) in die soziale Marktwirtschaft“, um eine Formulierung von Walter Müller-Jentsch zu gebrauchen, der in seiner Schrift *Gewerkschaften und Soziale Marktwirtschaft seit 1945* den Weg des DGB „von den Opponenten der Wirtschaftsordnung zu deren Mitgestaltern“ beschreibt.<sup>41</sup>

---

38 Vgl. Karl Forster (Hrsg.): *Christentum und demokratischer Sozialismus*, München 1958.

39 Vgl. Dominik Burkhard: Die politische Dimension politischen Handelns – Historische Zugänge, in: *Die politische Aufgabe der Religion. Perspektiven der drei monotheistischen Religionen*, hrsg. von Irene Dingel / Christiane Tietz, Göttingen 2011, S- 143–177, hier: 172.

40 Vgl. R. Uertz: Annäherungen: Christliche Sozialethik und SPD, in: *Historisch-Politische Mitteilungen*, 13 (2006), S. 93–120: ([http://www.kas.de/upload/ACDP/HPM/HPM\\_13\\_06/HPM\\_13\\_06\\_5.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/HPM/HPM_13_06/HPM_13_06_5.pdf)).

41 Vgl. Müller-Jentsch: *Gewerkschaften* (wie Anm. 30), S. 7.

Nell-Breunings markante Rolle in der Positionierung der Gewerkschaftsprogrammatik zeigt sich auch in seiner Münchener Rede 1955 mit dem Titel „Wohin führt Dr. Agartz den DGB?“<sup>42</sup>, die gegen die linkssozialistischen Positionen von Viktor Agartz und des *Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts* des DGB gerichtet war.<sup>42</sup> Zumindest mittelbar hat Nell-Breuning mit seinen scharfen Zuspitzungen auch Einfluss auf die ordnungspolitische Haltung des DGB genommen – eine Bewertung, die auch Iring Fetscher, Alfred Horné und Theo Pirker im Gespräch mit Wolfgang Schroeder und Matthias Hesse Möhring teilen.<sup>43</sup>

So stellt das Thema christlich-soziale Gewerkschafter und DGB zugleich auch eine interessante Facette des Verhältnisses des DGB zur Sozialen Marktwirtschaft dar – ein Themenfeld, das ebenso wie das Verhältnis von SPD und christlicher Sozialethik in etlichen Detailfragen noch wissenschaftlich zu erhellen wäre. Sicher aber wird man sagen können, dass die CDU-Gewerkschafter mit ihrer frühen sozial-marktwirtschaftlichen Ausrichtung und ihrem Schwenk vom *Ablener Programm* von 1947 zur *Sozialen Marktwirtschaft* 1949, der zeitlich mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und des Deutschen Gewerkschaftsbundes zusammenfiel, ihren Kollegen in der SPD und im DGB in den ordnungspolitischen Fragen einer marktwirtschaftlich kompatiblen Gewerkschafts- und Sozialpolitik ein gutes Stück weit voraus waren.

---

42 Zur Kontroverse vgl. Wolfgang Schroeder: *Katholizismus und Einheitsgewerkschaft. Der Streit um den DGB und der Niedergang des Sozialkatholizismus in der Bundesrepublik bis 1960*, Bonn 1992.

43 Vgl. Das politische Wirken Oswald von Nell-Breunings. Ein Gespräch zwischen Iring Fetscher, Alfred Horné und Theo Pirker, Moderation: Matthias Hesse Möhring / Wolfgang Schroeder, in: <[http://www.halume.de/Downloads/Oswald-von-Nell-Breuning/Ein\\_Gespräch\\_zwischen\\_Iring\\_Fetscher.pdf](http://www.halume.de/Downloads/Oswald-von-Nell-Breuning/Ein_Gespräch_zwischen_Iring_Fetscher.pdf)>; vgl. auch: W. Schroeder: *Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU (1945–1960)*. Katholische Arbeiterführer als Zeitzeugen in Interviews, Köln 1990.

## Zusammenfassung und Schluss

Die historisch-ideengeschichtliche Betrachtung zeigte die Gründungsmotive und das Spannungsverhältnis der im späten 19. Jahrhundert als Gegengewicht zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften (ADGB) gegründeten christlichen Gewerkschaften, die 1901 im GCGD und von 1919 bis 1933 im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) ihren Dachverband hatten. Die Bedrohung demokratischer Gewerkschaftsarbeit durch den NS-Staat führte im April 1933 zum Zusammenschluss der Richtungsgewerkschaften, dem nur wenige Tage später deren Zerschlagung sowie die gewaltsame Überführung der restlichen Einrichtungen des ADGB, des DGB und der HD in die nationalsozialistische Deutsche Arbeitsfront (DAF) folgten. Auch wenn dieser Beschluss nicht zuletzt durch die Bedrohung der demokratisch-gewerkschaftlicher Existenz zustande kam, sollte er doch ein wichtiges Motiv für die Gründung der Einheitsgewerkschaft DGB nach 1945 sein.<sup>44</sup>

Es konnte nicht ausbleiben, dass bei aller Übereinstimmung in prinzipieller Hinsicht erhebliche Reibungsflächen und Konflikte zwischen CDU- und SPD-Gewerkschaftern in ihrer Gewerkschaftspolitik im DGB und den Einzelgewerkschaften entstanden. Christlich-Soziale wirkten einerseits auf die Sozial-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ein, wobei die Arbeitnehmerinteressen immer wieder mit den Zielen der Mittelstandsvereinigung und des Wirtschaftsflügels in Konflikt gerieten. Andererseits waren sie in die Interessensphäre und Willensbildung der DGB-Gewerkschaften eingebunden. Gegen sozialistische Strömungen vertraten die CDU-Sozialausschüsse in der Einheitsgewerkschaft nach der Ablösung des gemeinwirtschaftlich orientierten *Ahlerner Programms* (1947) durch die *Düsseldorfer Leitsätze* (1949), offensiv das Konzept der *Sozialen Marktwirtschaft*, das es entsprechend sozialverträglich und arbeitnehmerfreundlich zu gestalten galt.<sup>45</sup>

---

44 Vgl. zur Einheitsgewerkschaft die Schreiben von Hans Böckler an Jakob Kaiser vom 27.09.1949 und 23.03.1950, in: Christlich-Soziale im DGB (Katalog), hrsg. von H. J. Küsters /R. Uertz, Sankt Augustin 2009, S. 13, ferner in: [http://www.kas.de/upload/ACDP/Tafeln\\_CSinDGB.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/Tafeln_CSinDGB.pdf).

45 Vgl. Uertz: Ahlerner Programm (wie Anm. 19), 47–52; Müller-Jentsch: Gewerkschaften (wie Anm. 30).

Was den CDU-Gewerkschaftern in der Gründungs- und Konsolidierungsphase der Bundesrepublik besonderes Gewicht verlieh waren zwei Faktoren: Sie waren die bestorganisierte Gruppe innerhalb der CDU. Und: Als „soziales Gewissen“ der Union oblag ihnen in Partei und Gewerkschaften mit der Sozial-, Arbeits- und Gewerkschaftspolitik ein besonderes wichtiges und sensibles Aufgabenfeld.<sup>46</sup> Das Ende der Demokratie, die Zerschlagung der Gewerkschaften wie auch die Haltung der Zentrumspartei und ihrer führenden kirchlichen Vertreter zum Ermächtigungsgesetz 1933 waren zwar für die christlichen Gewerkschafter persönlich ungemein prägend und für die CDU- und die DGB-Gründung konstitutiv, zugleich jedoch auch widersprüchlich und verwoben.<sup>47</sup>

Erst spätere Generationen sollten ihre Interessen an der Gewerkschaftsgeschichte stärker auf die Ereignisse des Jahres 1933 lenken und dabei mit weniger Befangenheit als die Gründergeneration die Rolle der Gewerkschaften in ihrer kritischsten Phase aufzurollen versuchen. Das führte vielfach zum Erstaunen angesichts eines Mangels an Widerstandskraft in den Arbeiterorganisationen und den freien, christlichen und liberalen Gewerkschaften gegen Ende der Weimarer Republik, der in scharfem Gegensatz zu deren numerischer Stärke stand.

Dabei geriet verstärkt auch die Bedeutung des sog. „Führerkreises“ aus freien, christlichen und liberalen Gewerkschaften Ende April 1933 und seines Beschlusses der Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung in den Blick, dem das Stigma anhaftete, dass seine Entscheidung vom NS-Staat oktroyiert war. In der unmittelbaren Nachkriegsphase konnten die Erinnerungen an die Einigungsbewegung der Gewerkschaften im April 1933 daher nur bedingt als Motiv für die Neuordnung der Gewerkschaften gelten.<sup>48</sup> Es sollten vielmehr die Verfolgung von Gewerkschaftern, Politikern, Geistlichen und Regimegegnern, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, der

---

46 Vgl. Uertz: Christentum und Sozialismus (wie Anm. 31), 23ff.

47 Vgl. hierzu Ernst-Wolfgang Böckenförde: Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933 (1961), in: Ders., Kirchlicher Auftrag und politische Entscheidung, Freiburg 1933, S. 30 ff.; vgl. hierzu R. Uertz: Katholizismus und Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 7 (2005), S. 15–22; ferner in: <http://www.bpb.de/apuz/29234/katholizismus-und-demokratie?p=all>.

48 Vgl. „Schafft die Einheit“, Themen, Nr. 27 vom 20. Mai 1983 (Beilage zur *Sozialen Ordnung* 5/6-1983).

Völkermord, die Judenvernichtung, der Vernichtungskrieg sowie die vom nationalsozialistischen Deutschland herbeigeführte Weltkriegskatastrophe und schließlich das Nachkriegselend sein, die nach 1945 den entscheidenden Einsatz und die Motive bildeten für den Aufbau einer liberal-rechtsstaatlichen und sozialen Neuordnung. Das führte die christlich-sozialen Gewerkschafter konsequenterweise zu ihrem Engagement in der interkonfessionellen Volkspartei CDU und der Einheitsgewerkschaft DGB.

## Autor:

Rudolf Uertz, Dr. phil. habil., geb. 1947 in Neunkirchen/Saar; Studium der Theologie, Politikwissenschaft und Philosophie an der Universität München; 1981 bis 1994 Referent, Politische Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Wesseling-Eichholz; 1995 bis 2000 Forschung und Lehre, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt; 2000 bis 2012 Referent, Konrad-Adenauer-Stiftung/Wissenschaftliche Dienste, Sankt Augustin; seit 2001 außerplanmäßiger Professor für Politikwissenschaft, seit 2006 an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt







Stiftung Christlich-Soziale Politik e. V.  
Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK)  
Johannes-Albers-Allee 3  
53639 Königswinter  
Tel.: 02223 / 73 119  
[www.azk.de](http://www.azk.de)